



Dr. Hannes Androsch, Industrieller und ehemaliger Finanzminister: „Wir haben zu wenig Europa. Das Fehlen einer gemeinsamen Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik sowie einer gemeinsamen Asylpolitik tritt jetzt als eklatanter Mangel zutage. Dieser ist die Folge nationalstaatlicher schrebergartenhafter Souveränitätsillusionen. Jetzt heißt es, Versäumtes aufzuholen.“

„Wir haben nicht zu viel, sondern zu wenig Europa“

Überfällige Reformen, Industrie 4.0, Versäumnisse im Bildungssystem, das Scheitern der Arbeitsmarktpolitik, die Euro-Zukunft, die Überbürokratisierung, Russland-Sanktionen, Kärnten mit dem bleiernen Hypo-Erbe, Villach ein Vorzeigebispiel: Im Gespräch mit Dr. Hannes Androsch, Jahrgang 1938, Industrieller und ehemaliger Finanzminister. Er zählt zu profiliertesten Persönlichkeiten im Staate.

Der Euro wird oft abschätzig beurteilt. Nicht wenige Ökonomen sehen in unserer Währung in Verbindung mit den fixen Wechselkursen einen Webfehler. Hat der Euro angesichts der Finanzkrise aus Ihrer Sicht Zukunft oder sind da und dort schon die Totenglocken zu hören?

ANDROSCH: Nach den Schrecknissen, Opfern und Zerstörungen konnte das westliche Europa nach 1945 dank der zunehmenden Integration nach dem Motto „in Vielfalt vereint“ sowie dem Schutzschild der USA eine friedliche Entwicklung nehmen. Ebenso einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufstieg, der auch den Ausbau unserer Sozialsysteme wie nirgendwo sonst auf der Welt ermöglichte. Dank des gemeinsamen Binnenmarktes erwirtschaftet Europa mittlerweile etwa 24 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung von insgesamt rund 76 Milliarden US-Dollar. Ein gemeinsamer Markt erfordert auch eine gemeinsame Währung, wie es auch in den USA, China und Indien der Fall ist. Der Euro, Zahlungsmittel von inzwischen 19

EU-Mitgliedsländern, hat sich ungeachtet aller Unkenrufen bewährt. Es gibt keine Krise des Euro. Wohl aber eine Abfolge von Einzelkrisen durch politisches Versagen: Von der Finanz- und Bankenkrise über die Staatsschuldenkrisen in Irland, Portugal und vor allem Griechenland bis hin zur Krim- und Ukraine Krise, der Flüchtlings- und Asylkrise, neue Terrorbedrohungen und demnächst womöglich eine Brexitkrise. Diese ungelösten Krisen haben viele andere Probleme überdeckt und dazu geführt, dass wichtige Zukunftsaufgaben vernachlässigt wurden. Entgegen allen populistischen Ansagen kann kein Land die anstehenden Probleme für sich alleine lösen.

„WIR HABEN ZU WENIG EUROPA“

Das heißt, es ist geboten, dass Europa schneller zusammenwächst?

ANDROSCH: Ja, denn wir haben nicht zu viel, sondern zu wenig

Europa. Die EU präsentiert sich nicht als politische Einheit, das Fehlen einer gemeinsamen Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik sowie vor allem einer gemeinsamen Asylpolitik tritt jetzt als eklatanter Mangel zu Tage. Dieser ist die Folge nationalstaatlicher schrebergartenhafter Souveränitätsillusionen. Jetzt heißt es in zupackender Weise Versäumtes mutig aufzuholen. Dabei sollten wir an die Worte von Franklin Roosevelt erinnern, der bei seiner Inauguration 1933 die Warnung aussprach: „The only thing we have to fear is fear itself.“ („Das einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst.“)

„INDUSTRIE 4.0 WIRD ALLES VERÄNDERN“

Der Begriff „Industrie 4.0“ besetzt in zunehmendem Maße Wirtschaft und Medien. Nicht nur positiv, es wird der Verlust von Arbeitsplätzen diskutiert. Viele können jedoch mit dieser Bezeichnung wenig anfangen. Was ist darunter zu verstehen, welche Auswirkungen hat Industrie 4.0 auf die Arbeitswelt?

ANDROSCH: Industrie 4.0, das Internet der Dinge, ist Teil der digitalen Wende. Mit dieser stehen wir erst am Beginn der zweiten Hälfte des Schachbrettes mit exponentieller Zunahme neuer technologischer Möglichkeiten und Vernetzungen, die alle Lebensbereiche erfassen und verändern wird. In der Arbeitswelt werden neue und höhere Anforderungsprofile samt entsprechenden Qualifikationserfordernissen zur Regel.

„BILDUNG IMMER WICHTIGER“

Steigen mit Industrie 4.0, der Digitalisierung und Roboterisierung der Produktion, auch die Chancen für mehr soziale Gerechtigkeit? Wenn ja, in welcher Form?

ANDROSCH: Eine wichtige Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit auf der Basis von Fairness und Solidarität sind Chancengleichheit und soziale Durchlässigkeit sowie soziale Sicherheit durch eine ausgewogene Umverteilung. Ein hervorragendes Bildungssystem, das Chancengleichheit durch Bildung für alle, also unabhängig von der sozialen Herkunft bietet, ist die beste Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Die Modernisierung unseres Bildungssystems ist auch aus dem Grund überfällig, weil eine umfassende Bildung und Ausbildung im digitalen Zeitalter immer wichtiger wird. Weniger qualifizierte und eintönige Jobs werden zunehmend wegfallen, im Gegenzug neue, in der Regel höher qualifizierte entstehen. Dieser Trend lässt sich im gesamten Verlauf der industriellen Entwicklung von der Mechanisierung über die Elektrifizierung und Automation nachverfolgen. Auch in der nunmehr vierten industriellen Revolution oder dem zweiten Maschinenzeitalter der Digitalisierung mit zunehmend selbststeuernden Fertigungstechniken und immer intelligenteren Robotern im Verkehr, im Gewerbe, im Haushalt, aber auch in der Medizin oder der Pflege, werden insgesamt nicht weniger, sondern mehr, allerdings höher qualifizierte Jobs entstehen. Diese Möglichkeiten und Chancen gilt es zu nutzen, darauf müssen wir uns gezielt vorbereiten.

„BILDUNGSREFORM REAL OHNE ERGEBNIS“

Führende heimische Industrielle kritisieren immer wieder den mangelnden Willen an Reformen. Wie beurteilen Sie das Ergebnis der aktuellen Bildungsreform?

ANDROSCH: Die Reformunwilligkeit und der damit verbundene Stillstand bewirkt, dass wir, wie die internationalen Rankings, aber auch die monatlich steigenden Arbeitslosenzahlen zeigen, immer weiter zurückfallen. Eine Folge des Reform-Staus in unserem Land, der statt kleiner immer noch größer wird. Der Bildungssektor ist dafür ein trauriges Paradebeispiel. Die groß angekündigte Bildungsreform blieb in Wirklichkeit ohne Ergebnis. Die Absichtserklärungen ändern nichts am verkrusteten System und stellen zum Teil, wie etwa für Vorarlberg und Wien, sogar einen Rückschritt dar. Die Unfähigkeit für Reformen ist das Resultat unseres sich selbst lähmenden politischen Systems.

„SPAREN, WO MÖGLICH...“

Bei einem verschuldeten Staatshaushalt wie dem österreichischen mehr investieren statt zu sparen: Wie sehen Sie dies im Zusammenhang mit künftigen Generationen?

ANDROSCH: Die Parole muss angesichts der Schieflage der öffentlichen Haushalte und der überforderten Sozialsysteme lauten: „Sparen, wo möglich, investieren, wo nötig.“ Also in die Zukunft. Bei uns unterbleiben aber in sträflicher Weise wichtige, die Zukunft entscheidenden Investitionen in Bildung, Universitäten, Wissenschaft und Forschung, ganz zu schweigen von der Totkürzung „Unseres Heeres“. Damit wird auch der Generationenvertrag in nicht akzeptabler Weise verletzt, wie die Auswirkungen der Verweigerung einer Pensionsreform oder das Scheitern der Arbeitsmarktpolitik immer deutlicher zeigen. Und auch die Ineffizienz unseres Sozialsystems. Wie könnte sonst sein, dass wir mit einer der weltweit höchsten Sozialquoten mit 30 Prozent unserer Wirtschaftsleistung trotzdem eine zunehmende Armut und steigende soziale Ungerechtigkeit beklagen müssen. Warum stehen die Schweiz oder Deutschland mit geringerer Steuerbelastung und wesentlich niedrigeren Staatsschulden ungleich besser da als wir? Da ist vieles faul im Staate Österreich.

„ÜBERBÜROKRATISIERT, ÜBERREGULIERT“

Wie attraktiv ist der Wirtschaftsstandort Österreich überhaupt für heimische Unternehmen und internationale Investoren?

ANDROSCH: Immer weniger, weil unser Wirtschaftsstandort aus vielen Gründen an Attraktivität verloren hat. Wir sind ein überbürokratisiertes und überreguliertes Hochsteuerland, in dem der Wirtschaft immer mehr Bürgen aufgehalst und die Wettbewerbsfähigkeit untergraben wird. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Tourismussektor ist nur ein, wenn auch drastisches Beispiel von vielen, von den Registrierkassen ganz zu schweigen.

„SANKTIONEN IMMER PROBLEMATISCH“

Internationale Wirtschaft und Politik stehen in wechselseitiger Beeinflussung: Wie stehen Sie zu den Russland-Sanktionen?

ANDROSCH: Sanktionen sind immer problematisch, wiewohl man die völkerrechtswidrigen und friedensgefährdenden Vorgangsweisen Russlands auf der Krim und der Ostukraine nicht einfach hinnehmen kann. Aber auch Russland muss sich darüber im Klaren sein, wie sehr es mit dem Rest Europas sowohl sicherheitspolitisch als auch ökonomisch verbunden ist. Wobei letzteres für Russland aufgrund seines Modernisierungsdefizits sogar noch schwerer ins Gewicht fällt als für Europa.

„EUROPA BENÖTIGT ZUWANDERUNG“

Gescheiterte Nahostpolitik: Die Flüchtlingsthematik mit den enormen Logistik- und Integrationsproblemen wird uns wahrscheinlich noch sehr lange beschäftigen. Können Sie im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage auch Chancen erkennen?

ANDROSCH: Die westliche Politik im Nahen und Mittleren Osten sowie im nördlichen Afrika ist ein Scherbenhaufen. Diese Gebiete, auf die viele kulturelle und religiöse Wurzeln unserer Zivilisation zurückgehen, zählen zur Nachbarschaft Europas und nicht Amerikas oder Chinas. Die aktuellen Konflikte legen in drastischer Weise einmal mehr offen, dass sich Europa



Dr. Hannes Androsch: „Villach ist mit dem Leitbetrieb Infineon in Verbindung mit einem guten Bildungsangebot ein Vorzeigebispiel dafür, was möglich, aber auch für das Land nötig ist.“ Fotos: kk

auf der Bühne der Weltpolitik bislang nicht emanzipiert hat. Es fehlen eine gemeinsame Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik sowie eine gemeinsame Asylpolitik. Lange hat man sich blind gestellt, um dann von der überschwappenden Flüchtlingswelle überrascht zu werden und hilflos zu agieren, obwohl die alternde und schrumpfende Bevölkerung Europas Zuwanderung benötigt. In die USA sind im 19. Jahrhundert mehr als 60 Millionen Auswanderer aus Europa eingewandert. Sie haben maßgeblich zum Aufstieg der USA zur führenden Wirtschafts- und Weltmacht beigetragen.

WIRTSCHAFT UND ARBEITSPLÄTZE

Stichwort TTIP: EU und USA verhandeln derzeit ein Freihandelsabkommen, das in Europa teils scharf kritisiert wird. Sind aus Ihrer Sicht die Bedenken der Kritiker berechtigt oder ist TTIP für Europa ein guter Tipp?

ANDROSCH: Arbeitsteiliger Freihandel schafft mehr Arbeit und Wohlstand als Abschottung und merkantilistisches Autarkiestreben. Schlagender Beweis dafür ist die unterschiedliche Entwicklung im Westen und Osten in den letzten 70 Jahren. Daher ist TTIP ebenso wie CETA mit Kanada ein wichtiges Ziel im Interesse der Wirtschaft und unserer Arbeitsplätze. Den angstmachenden Parolen engstirniger Nationalisten muss mit stichhaltigen Argumenten begegnet werden. So ist in den USA vieles, wie zum Beispiel das Arzneimittelwesen, strenger und professioneller geregelt als in Europa. Auch die Innovationsdynamik ist in den USA ungleich größer. Wie bei allen Verhandlungen ist auch bei TTIP geboten, sich nicht über den Tisch ziehen zu lassen.

„GESAMTSTAATLICHE SOLIDARITÄT“

Sie sind mit dem VIVAMAYR-Gesundheitszentrum in Maria Wörth auch stark mit Kärnten verbunden. Allerdings ist derzeit unser Image als Wirtschaftsstandort nicht gerade das Beste. Wie sehen Sie die Arbeit der Landesregierung und unter dem Damoklesschwert möglicher Hypo-Heta-Haftungszahlungen die Zukunft Kärntens?

ANDROSCH: Die derzeitige Situation ist äußerst schwierig und bedarf zur Bewältigung gesamtstaatlicher Solidarität. Man hat schließlich auch untätig zugesehen, als das Problem entstanden ist.

„VILLACH EIN VORZEIGEBEISPIEL“

Villach ist Kärntens zweitgrößte Stadt, gilt als Wirtschaftskomotive des Landes und entwickelt sich dynamisch. Worauf führen Sie das zurück, was wurde hier richtig gemacht?

ANDROSCH: Villach ist mit dem Leitbetrieb Infineon in Verbindung mit einem guten Bildungsangebot ein Vorzeigebispiel dafür, was möglich, aber auch für das Land nötig ist.